

1 **Europa verteidigen heißt die Richtung der EU ändern:**
2 **Die Europawahl ist eine Richtungswahl!**

3
4 Die EU ist das entscheidende Friedensprojekt nach dem 2. Weltkrieg. Durch wirtschaftliche
5 Zusammenarbeit ist es gelungen, den Frieden in Europa in ungekannter Weise zu sichern,
6 Wohlstand zu schaffen und eine weltoffene, auf der Achtung der Menschenrechte und der
7 Rechtsstaatlichkeit basierende Ordnung zu etablieren. Uns Bremer*innen hat die EU nach
8 dem Niedergang der Werften mit den Strukturfonds unterstützt, neue Arbeitsplätze zu schaf-
9 fen, Forschung zu fördern, Stadtteile zu beleben – und tut es bis heute. Wir Sozialdemo-
10 krat*innen sind entschlossen, die europäische Einigung angesichts der Renaissance des Nati-
11 onalismus, des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus vehement zu verteidigen.

12
13 Um Europa erfolgreich gegen rechts zu verteidigen, muss aufgezeigt werden, dass Nationa-
14 lismus keine Lösung ist, sondern die globalen Herausforderungen nur unter Zuhilfenahme der
15 europäischen Ebene erfolgreich gelöst werden können. Dazu muss die EU aber auch ihre po-
16 litische Ausrichtung verändern. In den letzten Jahren wurde eine Form der wirtschaftlichen
17 Globalisierung gestützt, die die Spaltung zwischen Globalisierungsgewinnern und –verlierern
18 vertieft hat. Die soziale Dimension von Europa bleibt bis heute unterbelichtet, auch wenn die
19 Juncker-Kommission angefangen hat, sozialpolitische Fragestellungen überhaupt wieder auf
20 die europäische Tagesordnung zu setzen. Wenn die EU weiter Lösungen für soziale Un-
21 gleichheit, den Klimawandel und Migrationsbewegungen schuldig bleibt, wird Europa nicht
22 erfolgreich gegen die Nationalisten verteidigt werden können. Deshalb brauchen wir einen
23 politischen Richtungswechsel in Europa.

24
25 Im Fokus müssen Felder stehen, die national nur unzulänglich bearbeitbar sind und internati-
26 onale Kooperation erfordern. Vor dem Hintergrund der geopolitischen und weltwirtschaftli-
27 chen Umbrüche – Fortschreiten des globalisierten Kapitalismus, damit einhergehende soziale
28 Unsicherheit, wirtschaftliches Auseinanderdriften der EU-Staaten, relativer Niedergang der
29 USA, Aufstieg Chinas, globale Zunahme des Nationalismus, Abkehr vom Multilateralismus,
30 Klimawandel – birgt koordiniertes Handeln in Europa auf folgenden Feldern aus Sicht der
31 Bremer Sozialdemokratie besondere Chancen:

32
33
34 1. Europa als Antwort auf die Globalisierung etablieren, indem die EU dafür sorgt, dass alle
35 Menschen an den Vorteilen der Globalisierung teilhaben können und dabei sozial und
36 ökologisch abgesichert werden. Dies entspricht einer Abkehr von der Austeritätspolitik.
37 D.h. im Einzelnen:

- 38 • Eintreten für eine Weltwirtschaftsordnung, die die Erreichung der Sustainable Deve-
39 lopement Goals in den Mittelpunkt stellt und die Handelspolitik entsprechend gestal-
40 tet
- 41 • Stärkung unserer Binnenwirtschaft durch eine öffentliche Investitionsoffensive, die
42 Arbeitsplätze schafft sowie soziale und ökologische Anforderungen miteinander ver-
43 bindet
- 44 • sozialverträgliche Gestaltung der Digitalisierung, durch gezielte industriepolitisch
45 motivierte Investitionen sowie soziale, (weiter-)bildungspolitische und arbeitsrechtli-
46 che Regulierung.
- 47 • Vollendung der Bankenunion

- 48 • Einrichtung eines Eurozonen-Budgets gespeist aus dem Kampf gegen Steuerdumping,
49 also den Einnahmen durch die Einführung einer Digitalsteuer, einer Finanztransakti-
50 onssteuer und eine Mindestharmonisierung der Unternehmenssteuern.
51 • Perspektivisch die Stärkung der europäischen Steuerung dieser Politiken durch die
52 Etablierung einer europäischen Wirtschaftsregierung
53
54
- 55 2. Schaffung eines sozialen Europas u.a. durch
56 • Durchsetzung sozialer Mindeststandards
57 • Einsatz für armutsfeste, national differenzierte Mindestlöhne
58 • Stärkung von Arbeitnehmer*innen- und Gewerkschaftsrechten
59 • Verhinderung von grenzüberschreitenden Arbeits- und Sozialdumping durch eine eu-
60 ropäisch koordinierte Durchsetzung der Entsenderichtlinie
61 • Unterstützung der Staaten bei der Bekämpfung von Langzeit- und Jugendarbeitslosig-
62 keit
63 • Unterstützung der Regionen beim globalen Strukturwandel durch eine Ausweitung
64 der Strukturpolitiken
65 • Abgabe einer Kindergarantie, die allen Kindern einen Zugang zu ausreichender Bil-
66 dung, Ernährung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum garantiert.
67
68
- 69 3. Wir wollen eine solidarische zukunftstaugliche Flüchtlings- und Migrationspolitik in Eu-
70 ropa. Das beinhaltet u.a.
71 • Sicherstellung des Asylrechtes und Schutz von Flüchtlingen im Sinne der Genfer
72 Flüchtlingskonvention
73 • Eröffnung legaler Wege der Migration durch entsprechende Einwanderungsgesetze
74 • Verpflichtung zur Seenotrettung und Verbesserung der humanitären Zielen verpflich-
75 teten Grenzkontrolle
76 • Fluchtursachen durch eine neue Partnerschaftspolitik mit den afrikanischen Staaten,
77 die wirtschaftliche Zusammenarbeit stärkt, dadurch Entwicklung unterstützt und die
78 Folgen des Klimawandels und des ökologischen Raubbaus in den Griff bekommt.
79 • durch partnerschaftliche Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten und dem UNHCR
80 Steuerung und Begrenzung von Migrationsbewegungen
81 • Entwicklung eines Anreizsystems zur solidarischen Verteilung von Flüchtlingen und
82 Migrant*innen in allen 28 Mitgliedstaaten - Unterstützung der Integration
83 • Revision des Dublin-Systems und Verteilung der Zuständigkeit zur Asylprüfung auf
84 alle Mitgliedstaaten
85
86
- 87 4. Aufbau einer europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik durch die Entwicklung einer
88 gemeinsamen Sicherheitskonzeption, die sich
89 • an den Grundprinzipien der Entspannungspolitik orientiert,
90 • eine ausschließlich defensive Verteidigungsstrategie umfasst,
91 • keine Erhöhung der Verteidigungsbudgets erfordert, weil notwendige Mehrausgaben
92 durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen durch europäische Zusammenarbeit
93 finanziert werden

- 94 • keine globale militärische Interventionsfähigkeit anstrebt, sondern internationale
95 Einsätze an die Zustimmung der UN bindet
- 96 • aktiv für ein neues, langfristig friedenssicherndes Verhältnis zu Russland einsetzt.
97
- 98 5. Weitere Demokratisierung der EU durch:
- 99 • Das Recht zur Gesetzesinitiative für das europäische Parlament und stärkere
100 Kontrollrechte des Parlamentes gegenüber der Kommission
- 101 • Eine Stärkung der europäischen Öffentlichkeit durch erleichterte Bürgerbegehren und
102 eine erweiterten Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen.